

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4596

Insertatenpreise: Die 7spaltige Kolonellselle oder deren Raum 2.50 Mk., bei Platzvorschrift 3.— Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 2.— Mk.; Reklame-Kolonellselle 10.— Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Vor der großen Koalition in Preußen.

Umfall der preußischen Landtagsfraktion.

Berlin, 5. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages hat gestern nach langen bewegten Auseinandersetzungen mit 46 gegen 41 Stimmen ihre Unterhändler zu Verhandlungen auf der Grundlage der großen Koalition ermächtigt. Folgende Grundzüge wurden für die Regierungsbildung vorläufig aufgestellt.

1. Zur Sicherung der Staatsordnung genügt nicht das selbstverständliche rein formale Bekenntnis der Beamtenschaft zur Beachtung der Verfassung. Die Beamten sind vielmehr unbeschadet der Freiheit ihrer politischen Meinungsäußerung im übrigen verpflichtet, die Verfassung gegen Jedermann mit allen Mitteln in Schutz zu nehmen und aktiv für die Autorität des gegenwärtigen Freistaates und die verfassungsmäßige Regierung einzutreten. Ihre Zuverlässigkeit in dieser Hinsicht ist eine der Voraussetzungen für die Besetzung derartiger Posten, bei der auf die persönlichen Eigenschaften sowie die fachliche Tüchtigkeit und Erfahrung der Bewerber in erster Linie Gewicht zu legen ist. Für die Schutzpolizei in Preußen gelten die vorstehenden Grundzüge entsprechend den besonderen Verpflichtungen dieser Beamten.
2. Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinargesetzes.
3. Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Stadt und Gemeinden unter Wahrung der staatlichen Notwendigkeiten.
4. Sicherung und Ausbau der Sozialgesetzgebung.
5. Förderung einer durchgreifenden Justizreform.
6. Eine größere Selbständigkeit des preußischen Finanzministeriums ist anzustreben.
7. Abschlussergebnisse der Verhandlungen von Preußen sind nicht zu unterlassen.

Auf eine Anfrage der Sozialdemokraten erklärte die Deutsche Volkspartei, daß etwaige Absichten, die Staatbetriebe in Aktiengesellschaften umzuwandeln und diese Aktien in den Börsenverkehr zu bringen, nicht vorhanden seien. Ueber die Auseinandersetzung des preußischen Staates mit dem Hause Hohenzollern war ein Einverständnis unter den Parteien bisher nicht zu erzielen. Der Vorwärts meint, es sei noch nicht gewiß, ob die Verhandlungen, die auf dieser Grundlage geführt werden, zu einem positiven Abschluß gelangen werden. Die Deutsche Volkspartei habe sich aber zu erheblichen Zugeständnissen bereit erklärt.

Die Verhandlungen müssen schon ziemlich weit gediehen sein, denn die Fraktionsvorsitzende sind sich bereits über eine Ministerliste einig geworden, die folgendermaßen aussieht:

- Ministerpräsident: Reinert, Sozialdemokrat;
- Minister des Innern: Severing, Sozialdemokrat;
- Minister für Handel und Gewerbe: Otto Braun, Sozialdemokrat;
- Justizminister: Am Jenthoff (Zentrum);
- Wohlfahrtsminister: Stegerwald (?), (Zentrum);
- Landwirtschaft: Bendorff (Demokrat);
- Kultusministerium: Dr. v. Campe oder v. Boeckh (Deutsche Volkspartei);
- Finanzminister: Dr. v. Richter oder Dr. Leidig (Deutsche Volkspartei).

Der Beschluß der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ist ein glatter Umfall. Am Donnerstag erklärten sie einstimmig, daß ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei unmöglich sei, am Freitag ist sie zu Verhandlungen über ein Kabinett bereit, mit Einschluß der Deutschen Volkspartei bereit. Die Freiheit meint, damit sei der Rekord in der Schnelligkeit des Gewinnwechsels aufgestellt worden, der sich nicht leicht übertreffen läßt. Die Freiheit schreibt dann weiter: auch wir sehen an sich lieber einen Severing im Ministerium des Innern als einen Dominicus. Aber so wünschenswert die Erreichung dieses Zweckes erscheinen mag, so ist sie doch nicht wichtig genug, um jeden Preis für sie zu zahlen, und vor allem lagen die Dinge so, daß der Erfolg wesentlich billiger zu haben war. Die Koalition mit Demokraten und Zentrum hätte genügt, das Bündnis mit der Deutschen Volkspartei war nicht notwendig. Die Beschlüsse der demokratischen und Zentrumsfraction ließen deutlich erkennen, daß diese Gruppen zweifellos auch für die alte Koalition zu haben wären. Die Rechtssozialisten hätten nur ein wenig Rückgrat zu haben brauchen und die Mitwirkung der Volkspartei wäre nicht mehr in Frage gekommen. Sie könnte es um so mehr nach der Erklärung der Unabhängigen, die leicht erfüllbare Bedingungen für ihre Unterstützung der Regierung aufstellten. Die Deutsche Volkspartei triumphierte, ihr Erfolg werde sich auch im Reich auswirken.

Inzwischen versuchen Zentrum und Deutsche Volkspartei noch immer, für das Präsidium Herrn Stegerwald wieder durchzusetzen, an dem vor allem das Zentrum festhalten möchte. Vielleicht wird

auch der eine oder andere Name noch ausgetauscht. Auf jeden Fall scheint so viel festzustehen, daß die Sozialdemokraten neben dem Präsidium, falls es ihnen endgültig überlassen wird, zwei Sitze erhalten, Zentrum und Deutsche Volkspartei ebenfalls je zwei Sitze und die Demokraten einen Sitz. Heute abend 8 Uhr wird die Wahl des Ministerpräsidenten erfolgen.

Die Kreditaktion der Industriellen.

Opposition der Schwerindustrie?

Berlin, 5. November. (Eigene Drahtmeldung.) Ueber die Beratungen des Präsidiums des Reichsverbandes der Industrie über die geplante Kreditaktion erfährt der Lokal-Anzeiger von besonnenen Kreisen, daß die große Mehrheit des Präsidiums nach wie vor für das Zustandekommen des Angebots sei. In der heutigen Tagung des Plenums des Reichsverbandes muß mit lebhaften Erörterungen gerechnet werden. Die Kreise, die sich in der Opposition befinden, seien durchaus nicht gewillt, beim Zustandekommen der Kreditaktion mitzuarbeiten. Es sei sogar nicht ausgeschlossen, daß sie dann einen Abänderungsvorschlag einbringen, der ihren ersten Willen zeigt, sich an der Mitarbeit zu beteiligen.

Aus Verchenfeld-Bayern.

50 Revolvergeschäfte der Hakenkreuzler.

München, 5. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der gestrigen Versammlung der hakenkreuzlerischen Nationalsozialisten kam es zu einer wilden blutigen Auseinandersetzung. Der Referent Hitler schimpfte wie üblich auf die Revolution, die anwesenden Sozialisten ließen sich das nicht gefallen und gaben ihrer gegenseitigen Meinung durch Zwischenrufe Ausdruck. Darüber kam es zu einer erst bayrischen Auseinandersetzung mit Hakenkreuzern und Hakenkreuzern. Die Nationalsozialisten arbeiteten mit Gummiknüeten und Revolvern. Sie schossen wie die Wüsten in die Versammlung. Im ganzen fielen ungefähr 50 Schüsse. Auf vier Versammlungsteilnehmer, die von den Nationalsozialisten in eine Ecke zusammengeedrängt waren, wurde direkt geschossen. Die Polizei benahm sich so, daß man den Eindruck gewinnen mußte, daß sie die Nationalsozialisten unterstütze. Schließlich löste die Landespolizei die Versammlung auf. Inwiefern Versammlungsteilnehmer zu Schaden gekommen sind, ließ sich bis jetzt nicht einwandfrei feststellen.

Die Münchener U. S. P. zu den Bezeugungsfestlichkeiten.

München, 5. November. (Eigene Drahtmeldung.) Unser Münchener Parteiorgan, die Münchener Morgenpost, erläßt folgende Warnung an die Arbeiterschaft:

„Aus den verschiedensten Nachrichten und den von der monarchistischen Reaktion aus Anlaß der Bezeugungsfestlichkeiten für den verstorbenen Erlkönig getroffenen Maßnahmen geht hervor, daß es bestimmte rechtskünstliche Kreise der Reaktion auf eine Provokation der Arbeiterschaft und der demokratischen republikanischen Bevölkerungsschichten angesetzt haben. Man will die Arbeiter zu Unbesonnenheiten aufreizen, um einen Vorwand für die Unterdrückungsmassnahmen derjenigen Behörden zu finden, die durch die Aufhebung des Ausnahmezustandes überflüssig geworden sind. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man auch weitergehende Ziele im Auge hat. Die Arbeiterschaft durchschaut das provokatorische Spiel jener Leute, die noch nicht genug Blut vergossen haben und die immer wieder den Anfang einer wirtschaftlichen Wiedergeburt zerstören. Wir warnen daher die Arbeiter, sich zu provokatorischen Zwecken der Monarchisten mißbrauchen zu lassen, und fordern sie auf, die reaktionären Herrschaften bei ihrem Totentanz unter sich zu lassen und größte Zurückhaltung zu bewirken.“

Bayrische Justiz.

München, 5. November. Das Volksgericht München verurteilte den am Gelsenkond im Mai 1919 beteiligten ehemaligen Susaren Latosi wegen schweren Diebstahls zu 10 Jahren Zuchthaus. Während die Schuldfrage bezüglich Totschlages mangels schlüssiger Beweise verneint wurde. Latosi war am 6. Mai in den Keller eingedrungen, wo sich die gefangenen Gefellenvereinsmitglieder befanden, hatte mit einem Revolver auf die jungen Leute geschossen, mit einem Dolch auf sie eingestochen und den Leichen verschiedene Wertgegenstände abgenommen.

Die Halleischen Arbeiter gegen Vellow-Vorbeck.

Halle a. S., 5. November. (U.) Da auf Veranlassung des deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes General Vellow-Vorbeck hier einen Vortrag halten soll, rufen die Kommunisten, Unabhängigen und Mehrheitssozialisten für Sonntag vormittags auf dem Marktplatz eine Massenprotestkundgebung gegen den Kriegsverbrecher ein. Gleichzeitig soll gegen die Teuerung protestiert werden.

Die Flut steigt.

Höher und höher schwillt die Flut, die die bürgerliche Gesellschaft wegzuschwemmen droht, indes sind die kapitalistischen Häufnisse eifrig dabei, von den Trümmern noch so viel zu erkrassen als sie vermögen. Die Spekulation hat es nun glücklich dahin gebracht, daß der Dollar 240 deutsche Papiermark gilt. Die Reichsregierung ist in Not und macht verzweifelte Anstrengungen, die Zahlungsmittel zu beschaffen, die sie für die nächsten Annuitäten braucht. Da kommt die Spekulation und lauft sie ihr vor der Nase weg, hinterher darf sie dann die durch die wahnsinnige Spekulation hochgetriebenen Kurse zahlen. Welche Summen dann herauskommen werden, das vermag heute noch kein Mensch zu sagen. Wenn es so kommt, wie kürzlich ein bürgerlicher Finanzpolitiker mittelste, daß die Beschaffung der Zahlungsmittel für die Goldmilliarde im August der deutschen Reichsregierung 53 Papiermilliarden gekostet hat, dann kann man sich auf nette Summen gefaßt machen. Schon seit Wochen wird mitgeteilt, daß sich die Industrie bemühe, der Reichsregierung diesmal die ausländischen Zahlungsmittel beschaffen zu helfen. Natürlich nur gegen entsprechend hohe Gewinne, denn Patriotismus ist nur Geschäft.

Die Spekulation hat es aber auch zugebracht, daß die Teuerungswelle sprunghaft steigt und daß die Reichsregierung, die Staatsregierungen und die Gemeinden kaum nachkommen, um die durch die Teuerungswelle hervorgerufenen Forderungen zu erfüllen. Mit der Hilfe, die die Industrie dem Reiche in Aussicht gestellt hat, scheint es aber noch gute Wege zu haben. In den Kreisen der Industrie bestehen starke Strömungen gegen diese Reichshilfe. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat sich am Freitag in Berlin verammelt, um den Bericht der Finanzgruppen entgegenzunehmen, die mit den ausländischen Finanzgruppen verhandelt haben. Was über das Ergebnis bekannt geworden ist, ist sehr mager. Nur so viel scheint herausgekommen zu sein, daß ausländische Finanzkongerente Kredit zu gewähren bereit sind; über die Höhe und die Bedingungen verläuft noch nichts. Der Hakenbergische Gesetzentwurf des Reichswirtschaftsrates wird von den Gegnern der „Hilfsaktion“ scharf bekämpft, weil sie in ihm eine Art Zwangsanleihe und sogar einen Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung sehen. Während sich die Fertigungsindustrie für die „Hilfsaktion“ einsetzt, sind es gerade die Bergwerksmagnaten, die dieser scharfen Widerstand entgegensetzen. Die Gründe sind wirtschaftlicher und politischer Natur. Es verläuft aber auch, daß Großhandelsdirektoren Gegner dieser Hilfsaktion seien. Natürlich nur aus rein ideellen Gründen. Die Aussicht für diese „Hilfsaktion“ ist also nicht allzu groß. Aber selbst, wenn sich die beiden Richtungen über die Bedingungen, unter denen der Regierung die Kredite beschafft werden sollen, einigen, so wäre damit noch keineswegs die Hauptschwierigkeit überwunden, die darin besteht, daß das Kapital dafür den entsprechenden Einfluß in der Reichsregierung erhält. Stinnes und Hugenberg werden nicht umsonst als Hauptgegner der Kredithilfe genannt. Wenn das deutsche Kapital mit Hilfe des Auslandes der Regierung Kredit verschafft, dann nur unter der Voraussetzung, daß es in der Regierung entscheidenden Einfluß bekommt, damit nicht nur seine politische Macht festbegünstigt wird, sondern auch die Gewinne sichergestellt werden, die es von dieser Transaktion erhofft.

Derweil steigt die Flut höher und höher und die Zahlen, die der neue Reichsfinanzler Hermes in der gestrigen Sitzung des Reichstages gab, zeigen, daß wir nicht mehr allzuweit vom Ende sind. Was wollen 43 Milliarden Mark mehr Steuern, die durch die neuen fünfzehn Gesetze herbeigeholt werden, gegenüber der Tatsache besagen, daß allein die letzte Teuerungswelle eine Lohn- und Gehaltsforderung von mehr als der genannten Summe allein für das Reich gebracht hat. Alle Schätzungen sind hinfällig, denn die Teuerung und die durch die wahnsinnige Spekulation entwertete deutsche Valuta machen jede Schätzung zunichte. Das Defizit für den ordentlichen Haushalt gab Hermes auf 53 Milliarden an. Daß diese Summe zu niedrig ist, hat er dann gleich selbst ausgeführt. Aber angenommen, sie wäre richtig, so ist sie durch die neueste Entwertung der Mark und durch die dadurch verursachte gestiegene Teuerung längst überholt. Noch schlimmer als mit dem ordentlichen steht es mit dem außerordentlichen Etat, da hierbei die Zahlung der Reparationschulden in Frage kommt. Selbst Hermes bemerkt, daß da nur mit großen Vorbehalten geschätzt werden kann, um dann fortzufahren:

„Dieser Haushalt weist neben den zwei Goldmilliarden Annuitäten noch die veränderliche Größe von 26 Prozent Ausfuhrabgabe auf. Ist beim Ausgleichsverfahren schon die auf Gold eingestellte Grundsumme variabel, so wird der Voranschlag noch mehr erschwert durch die Geldentwertung. Der Betrag, der an Devisen ins Ausland abgeführt werden muß, steht unter dem gewaltigen Druck der Valutaschwankungen, der überhaupt nicht vorauszurechnen ist. Bei der eben mitgeteilten Berechnung ist eine Goldleistung von 3,3 Milliarden Mark und ein durchschnittlicher Entwertungsfaktor von 20 angenommen. Dabei würde sich ein Gesamtbeitrag im Kontributionshaushalt 1922 von 60,9 Milliarden Mark ergeben. Bei einem Entwertungsfaktor von 30 würde der